

Sehr geehrter Herr Vandries,

vielen Dank für Ihre an Frau Bundesministerin Julia Klöckner gerichtete E-Mail. Sie wurde dem Verbraucherlotsen mit der Bitte um Beantwortung zugeleitet und wird hier unter der Bearbeitungsnummer 2019052410000544 geführt. Der Verbraucherlotse ist die zentrale Anlaufstelle des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) für Bürgeranfragen, -anregungen und -kritiken.

In Ihrer Nachricht kritisieren Sie die Subventionspolitik des BMEL. Sie fordern, dass Landwirte für Umweltleistungen unterstützt werden sollen.

Die Zukunftsfähigkeit der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft liegt Frau Bundesministerin Julia Klöckner sehr am Herzen und Kern ihrer Politik ist, sie zu verbessern.

Die Zukunftsperspektiven für den Sektor stehen und fallen mit seiner Akzeptanz in der Bevölkerung. Die gesellschaftlichen Erwartungen an die Land- und Ernährungswirtschaft gehen heute weit darüber hinaus, dass sie nur satt machen soll. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen nicht nur gute Erzeugnisse, die ihren Preis wert sind, sie wollen heute wissen, wie sie hergestellt wurden, wie die Tiere gehalten wurden und wie es dabei um die Nachhaltigkeit bestellt ist.

Höhere Aufwendungen zum Beispiel für mehr Tierwohl oder mehr Nachhaltigkeit müssen entgolten werden, weil es diese nicht zum Nulltarif gibt. Dafür müssen Produkte mit solchem Mehrwert auch klar erkennbar sein. Diesen Weg geht Frau Bundesministerin Klöckner zum Beispiel mit der Tierwohlkennzeichnung. So kann der Verbraucher an der Kasse mitentscheiden, was ihm Tierwohl wert ist.

Zum Ausgleich der höheren Kosten, die durch Leistungen zum Agrarumwelt- und Klimaschutz entstehen, erhalten landwirtschaftliche Betriebe unter anderem Fördermittel im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP). Zusätzlich stabilisieren die Direktzahlungen der GAP die Einkommen und dienen als Risikoabsicherung. Kleinere und mittlere Betriebe werden dabei über die Umverteilungsprämie, die sogenannte „erste-Hektar-Förderung“, besonders unterstützt.

Darüber hinaus fördert die Bundesregierung gezielt Betriebe mit Mitteln der agrarsozialen Sicherung, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und dem Steuerrecht. In der GAK können mit Hilfe des Agrarinvestitionsförderungsprogramms Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe beispielsweise nur gefördert werden, wenn sie besondere Anforderungen in einem der Bereiche Verbraucher-, Umwelt-, Klima- oder Tierschutz erfüllen. Dadurch unterstützt die Bundesregierung Betriebe, die eine Vorreiterrolle in diesen Bereichen einnehmen.

Die Erzeugung ökologischer Produkte ist besonders umweltverträglich und schont nachhaltig die Ressourcen. Der ökologische Landbau spielt eine wichtige Rolle in der deutschen Agrarpolitik und leistet einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz sowie zum Erhalt und zur Verbesserung der Biodiversität. Der ökologische Landbau wird seit 1989 in Deutschland bundesweit mit öffentlichen Mitteln gefördert. Aktuell stehen 30 Millionen Euro jährlich im Rahmen des "Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft ([1]BÖLN)" zur Verfügung. Seit Beginn des Programms wurden rund 1.000 Forschungsvorhaben mit einem Fördervolumen von etwa 138 Millionen Euro unterstützt. Des Weiteren wurden über 50 Maßnahmen wie Weiterbildungsangebote für die Vertreter der gesamten Wertschöpfungskette konzipiert und umgesetzt. Im Rahmen von fünf Förderrichtlinien wurden 1.880 Messeauftritte, 157 Projekte zur Information und Absatzförderung im ökologischen Landbau gefördert.

Ziel der Bundesregierung ist es, den ökologischen Anbau in Deutschland auszuweiten. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass bis zum Jahr 2030, 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland ökologisch bewirtschaftet wird. Siehe dazu auch die [2]"Zukunftsstrategie ökologischer Landbau". Seit zehn Jahren wächst die ökologisch bewirtschaftete Fläche kontinuierlich, zuletzt um 9,7 Prozent im Jahr 2017. Um das 20-Prozent-Ökoflächen-Ziel zu erreichen, müssen zusätzlich 30.000 bis 40.000 Landwirte auf ökologische Bewirtschaftung umstellen. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche muss sich mehr als verdoppeln. Eine solche Entwicklung kann nicht von heute auf morgen geschehen.

Zur Nitratproblematik in Deutschland ist Folgendes zu sagen: Der Schutz von Gewässern und Böden ist ein wichtiges Anliegen für das BMEL. Vor dem Hintergrund, dass die Europäische Kommission von der Bundesregierung weitere Anpassungen der Düngeverordnung fordert, wird das Thema Nitratbelastung derzeit intensiv diskutiert.

Unter dem folgenden [3]Link finden Sie ein Pressestatement von Frau Bundesministerin Julia Klöckner, in der Sie die aktuelle Situation zusammenfasst und das weitere Vorgehen erläutert. Das Thema Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie in Deutschland wurde zudem am 12.04.2019 auf der [4]Agrarministerkonferenz diskutiert. Die Protokolle der Agrarministerkonferenz werden auf der folgenden [5]Internetseite veröffentlicht.

Ihre Forderung haben wir aufgenommen. Kritik, Anregungen und Problemschilderungen von Bürgerinnen und Bürgern sind eine wichtige Informationsquelle für das BMEL. Diese werden gesammelt und regelmäßig an die Leitung des Hauses weitergegeben.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
Ihr Verbraucherlotsen-Team

Verbraucherlotse für Ernährung, Landwirtschaft und gesundheitlichen
Verbraucherschutz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bei
der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Stabsstelle 73 „Pressestelle, Bürgerangelegenheiten“
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon: 0228 - 24 25 26 27
E-Mail: [6]info@verbraucherlotse.de
Internet: [7]www.verbraucherlotse.de